

Gastkolumne

Wandel der Geschäftspraktiken: Vom Selbstverständnis zur gesetzlichen Verpflichtung

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Welt der Geschäftspraktiken drastisch verändert. Was einst als Zeichen guter Geschäftspraxis galt, wird heute oft durch strenge Gesetze geregelt.

1981 begann ich meine Lehre als Elektromechaniker. Diese technische Ausbildung war für mich der Anfang meines Interesses an der kreislauffähigen Wirtschaft. Wir reparierten elektrische Maschinen (Motoren, Bohrmaschinen, Generatoren usw.). Zu dieser Zeit war es häufig noch selbstverständlich, dass Produkte repariert oder gewartet wurden, wenn dies notwendig war. In diesen Jahren waren Haushaltsgeräte, Möbel und sogar Kleidung noch so konstruiert, dass sie repariert werden konnten. Eine kaputte Bohrmaschine wurde nicht einfach weggeworfen; stattdessen wurde diese zur Reparatur gebracht, und konnte noch viele Jahre genutzt werden.

Mit dem Aufkommen der Massenproduktion und der Globalisierung und den damit verbundenen tieferen Preisen der Produkte änderte sich diese Praxis. Un-

ternehmen erkannten, dass sie durch geplante Obsoleszenz die Verbraucher dazu bringen konnten, ihre Produkte häufiger zu ersetzen. Beispiele sind Glühbirnen, Drucker, Mobiltelefone, Software-Updates etc. Dies führte zu einer Wegwerfmentalität, die nicht nur zu Umweltproblemen, sondern auch zu einer Kultur der Verschwendung führte. Was vor über vierzig Jahren zum Alltag gehörte, muss heute – wie so vieles – leider per Gesetz geregelt werden.

Für diese Kolumne habe ich mir erlaubt, über ein Beispiel aus der EU zu schreiben. Im April 2024 hat das EU-Parlament die Richtlinie «Recht auf Reparatur» für Verbraucher angenommen. Die neuen Regeln zielen darauf ab, Verschwendung zu reduzieren, indem sie die Reparatur von Waren einfacher und kostengünstiger machen.

Dieses Gesetz hat zum einen Einfluss auf die schweizerische Gesetzgebung (neues Umweltschutzgesetz) und zum anderen auf die herstellende Industrie in der Schweiz. Das Gesetz wurde nicht nur aufgrund von Reaktionen auf veränderte gesellschaftliche Erwartungen erarbeitet, sondern ist auch auf das mangelnde Verantwortungsbewusstsein von Unternehmen in der Vergangenheit zurückzuführen. Hersteller konzentrierten sich darauf, ihre Produkte effizient zu produzieren und zu vermarkten, ohne sich gross darum zu kümmern, wie die Rohstoffe gewonnen werden oder wo die Produkte nach ihrem Lebensende landen. Mit anderen Worten, die sogenannte lineare Wirtschaft (Take, make, waste) führt zu zahlreichen Missständen, darunter Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen. Dieses neue Gesetz soll u.a. nachhalti-

gere Geschäftspraktiken gewährleisten.

Was sind mögliche Einflüsse dieser europäischen Vorschrift auf die herstellende Industrie in der Schweiz? Die neue Vorschrift verpflichtet die Hersteller dazu, Ersatzteile und Reparaturinformationen für mindestens zehn Jahre nach dem Kauf eines Produkts bereitzustellen. Diese Regelung deckt eine breite Palette von Produkten ab, von Haushaltsgeräten bis hin zu Elektronik. Durch regionale Reparaturen sollen neue Arbeitsplätze in arbeitsintensiven Bereichen der Wiederverwendung und bei spezialisierten Zulieferern entstehen. Die verlängerte Lebensdauer technischer Produkte verschiebt so die Arbeitsplätze von der Produktion zur Instandhaltung, wodurch insgesamt Arbeitsplätze mit höherer Qualifikation entstehen. Damit diese Repara-

turen und Instandhaltungsarbeiten qualitativ hochstehend durchgeführt werden können, benötigt die Industrie qualifizierte Fachkräfte. Dafür müssen Ausbildungsplätze geschaffen und den jungen Menschen ein motivierendes und zukunftsgerichtetes Umfeld für die (technische) Berufslehre offeriert werden. Dennoch wirft die Einführung solcher Gesetze die Frage auf, warum gesetzliche Regelungen erforderlich sind, um Praktiken zu fördern, die früher als selbstverständlich galten. Gesetze wie das «Recht auf Reparatur» sollen Marktversagen korrigieren, Verbraucherrechte stärken und Nachhaltigkeit sowie ethische Verantwortung in der Geschäftswelt fördern. Dabei markieren sie aber nur den Beginn eines Prozesses, bei dem Unternehmen ihre Praktiken proaktiv durch Innovation, Zusammenarbeit und Bildung verbessern müssen, um

nachhaltigere Geschäftsmodelle wie die Kreislaufwirtschaft zu etablieren und das Bewusstsein der Verbraucher für nachhaltige Entscheidungen zu schärfen.



Alfred Münger

Alfred Münger ist Leiter Weiterbildung und Mitglied der Schulleitung der Hochschule für Wirtschaft Freiburg, HES-SO, und Inhaber der Münger & Partner GmbH in Muntelier.

Unfälle in Kreiseln in Freiburg

Ein Leserbrief zum Artikel «Der Kreisel: Sicher drehen statt stehen», FN vom 6. August

Zu den 294 Verletzten, die in Kreiseln in der Stadt Freiburg Opfer von Verkehrsunfällen wurden, gehört auch eine Bekannte von mir, sie wurde als Velofahrerin im Kreisel vor dem Juraschulhaus angefahren. Den Rand dieses Kreisels zieren mehrere Werbeplakate, die die Verkehrsteilnehmenden ablenken, jedoch der Stadt Einnahmen generieren. Gemeinderat Pierre-Olivier

Nobs ist seit zwei Jahren über die illegale Platzierung einer ganzen Reihe von Reklametafeln in der Stadt Freiburg im Bild. Illegal sind Werbetafeln gemäss Artikel 6 des Strassenverkehrsgesetzes, wenn diese «namentlich durch Ablenkung der Strassenbenützer die Verkehrssicherheit beeinträchtigen könnten». Braucht es neben den 294 Verletzten noch einen Todesfall, bis die Stadt Freiburg die Sicherheit über den Profit stellt?

Christoph Schütz, Freiburg

Sommerzeit ist Welpenhandelzeit

Ein Meinungsbeitrag zum Thema Haustiere.

In letzter Zeit häufen sich erneut Anzeigen im Internet und auf Anzeigenplattformen, die süsse Hundewelpen, meist Rasewelpen, zu Schnäppchenpreisen bewerben. Der Handel mit Welpen aus dem Ausland erreicht im Sommer leider seinen Höhepunkt.

Diese Welpen wachsen unter den schlimmsten Bedingungen auf und haben einen schwieri-

gen Start in ihr Hundeleben. Oft werden sie viel zu früh und bedauerlicherweise auch krank an ahnungslose zukünftige Hundebesitzer an Raststätten abgegeben. Bitte achten Sie sorgfältig darauf, wenn Sie einen Welpen adoptieren möchten, wo dieser herkommt und wie er aufgewachsen ist, denn er begleitet Sie hoffentlich 10 bis 15 Jahre lang.

Nathalie Rumo, Heitenried

Moment mal

Konflikt und Versöhnung

Oftmals werden Konflikte als etwas Negatives und zu Vermeidenes angesehen. Bei genauerem Hinschauen zeigt sich jedoch, dass Konflikte noch ganz andere Facetten aufweisen. Sie beruhen auf Gegensätzen, schaffen aber auch eine Verbindung zwischen den Konfliktparteien. Wer einen Konflikt austrägt, zeigt damit, dass ihm eine Sache wichtig ist und er den anderen gerade nicht aus dem Weg gehen möchte. In diesem Sinne bedeutet Demokratie eine Art Dauerstreit, bei dem es heute etwa um Themen wie Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit oder Migration geht. Demokratische Konfliktaustragung bedeutet, dass bestimmte Meinungen gerade nicht marginalisiert werden. Im Gegenteil, es kommen auch strittige Fragen, Ängste und Befürchtungen zur Sprache und werden so sichtbar und diskutierbar gemacht. Es geht gerade darum, Konflikten nicht auszuweichen, sondern sie konstruktiv, respektvoll und gewaltfrei auszutragen, denn Konflikte tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft und zur Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Normen bei. Konflikte erweisen sich oftmals als langwierige Prozesse mit Rückschlägen für verschiedene Beteiligte. Veränderungen und Verschiebungen lassen sich manchmal erst längerfristig wahrnehmen, wenn sich etwa beobachten lässt, dass zunächst nur von Minderheiten vertretene Anliegen allmählich mehrheitsfähig werden. Es ist somit unerlässlich, dass unterschiedliche Stimmen in Konflikten selbst zu Wort kommen und die Konflikte nicht über sie hinweg ausgetragen werden. Eine Abwertung oder gar ein Ausschluss von gegnerischen Positio-

nen ist dabei dem Konflikt nicht dienlich.

Aus einer religiösen Perspektive scheint zunächst die Überwindung oder Aufhebung von Konflikten im Sinne von Versöhnung im Vordergrund zu stehen. Versöhnung ermöglicht eine Annäherung und ein Aufeinander-Zugehen der Konfliktparteien. So können Verletzungen aus der Vergangenheit geheilt und Beziehungen wiederhergestellt werden. Versöhnung mit Konfliktscheu und Konfliktvermeidung gleichzusetzen, erweist sich jedoch als ein Missverständnis. Versöhnung bedeutet gerade nicht das Ignorieren von Differenzen, sondern vielmehr die Anerkennung von Unterschieden und Gegensätzen. Wichtig ist somit, dass Versöhnung nicht darauf abzielt, konflikthafte Aspekte zu verdecken. Vielmehr geht es darum, konstruktiv mit unterschiedlichen Sichtweisen umzugehen und auf diesen aufbauend eine gemeinsame Zukunftsperspektive für die Gesellschaft zu entwickeln. In diesem Sinn bedeutet Versöhnung die Möglichkeit, nicht ohne den Konflikt, sondern mit dem Konflikt zu leben.



Hansjörg Schmid

Hansjörg Schmid ist Direktor des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG) und Vizerektor der Universität Freiburg.

Ausserdem...

von Marc Reidy



Staatsrat Olivier Curty, 3. Mai 2024.